

Kohlestrom . . .

Fortsetzung von Seite 4

„dann wird sich das standortmäßig für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen auswirken“. Er verlangte, bei der Strompreisgestaltung von vornherein und nicht nachträglich zu prüfen, ob die Erhöhung erforderlich sei oder nicht, denn man wolle die Existenz der Betriebe erhalten. Auch die Union sei für den Umweltschutz, man wisse auch, daß er Geld koste. Das Geld dafür könne aber nur von gesunden Firmen aufgebracht werden.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.) sagte, die Regierung leugne jedes Preis-, Kosten- und Wirtschaftsgefälle, anstatt über Fakten zu informieren. Im europäischen Vergleich der Strompreise für Industrieunternehmen halte die Bundesrepublik nur einen Mittelplatz, „die Niederlande, Großbritannien, Luxemburg, Frankreich und Dänemark sind billiger“. Die Fakten zeigten auch die Vorteile der Kernenergie, sie entlaste in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg die Haushaltskasse der Verbraucher und mache die deutschen Industrieprodukte auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähiger.

„Wir sind für mehr Umweltschutz bei Kohlekraftwerken“, fuhr Dr. Rohde fort, die hohen Kosten müßten aber die Verbraucher zahlen. „Wie sollen sonst die weiteren Kosten noch bezahlt werden für die Sanierung des Wassers oder des Bodens?“ Die Gewerkschaften müßten die Umweltschutzkosten in ihre Lohnpolitik einbeziehen.

Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD), Wirtschaftsminister, erklärte in einem weiteren Beitrag, er wolle gleich die Feststellung treffen, die ihn befriedige: „Kohlefraktion will auch die F.D.P. sein. Das finde ich hervorragend.“ Natürlich habe Kohlevorrangpolitik ihren Preis. Später ergänzte der Minister, auch Kernenergiepolitik habe ihren Preis. Die Entsorgung sei nämlich noch nicht gesichert. Den Preis könne man noch nicht einmal kalkulieren, weil man nicht wisse, was die Entsorgungslösung koste. Sie sei noch nicht einmal technisch da.

Rainer Maedge (SPD), Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, begrüßte das Bekenntnis beider Oppositionsfraktionen zur Kohle-Vorrangpolitik für NRW und zum Jahrhundertvertrag, bemängelte aber das Fehlen eigener Positionen der Opposition. „Wenn Sie nach wie vor daran interessiert sein sollten, daß es in diesem Landtag eine Kohlefraktion gibt, dann müssen Sie aber auch klar bekennen, was Sie denn unter einer Kohlefraktion mitzutragen gedenken.“ Lippenbekenntnisse reichten nicht aus. Ab 1995 weniger Kohle zu verstromen (nach Auslaufen des Jahrhundertvertrags) bedeute weniger Kohleförderung. „Wir werden Sie in dieser Wahlperiode zum Schwur treiben“, sagte Maedge unter Hinweis auf die Diskussionen im Ausschuß.

Christa Thoben (CDU) warnte die SPD davor, den Antrag der CDU für erledigt zu erklären und seine Überweisung an den zuständigen Ausschuß zu verhindern: „Dann müssen wir davon ausgehen, daß Sie aus der gemeinsamen Kohlefraktion aussteigen wollen.“

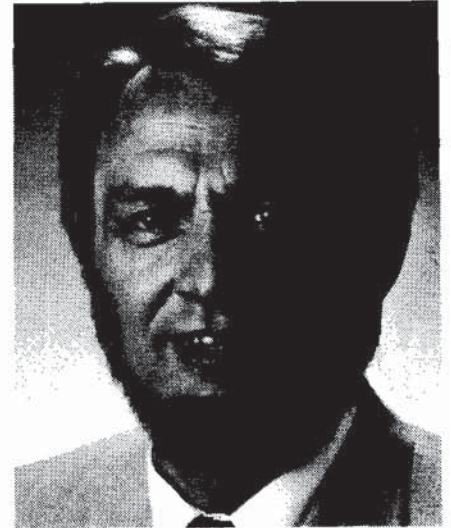
Porträt der Woche

Montag morgen im Düsseldorfer Landtag: Klaus Matthiesen hat gerade ein sehr kostspieliges Programm zur weiteren Luftverbesserung in Nordrhein-Westfalen den Journalisten der Landespressekonferenz vorgestellt. Da fragt ihn ein Reporter, ob er vom Finanzminister genug Geld bekomme, um dieses ehrgeizige Programm in die Tat umzusetzen. Klaus Matthiesen hebt die Augenbrauen und sagt ganz einfach: „Die Frage verstehe ich nicht.“ Und dann lächelt er ein bißchen und fragt zurück: „Glauben Sie im Ernst, ich stelle hier ungedeckte Schecks aus? Die Haushaltsberatungen für den Etat 1986 sind zwar noch nicht beendet, aber Sie können davon ausgehen, daß ich nicht in drei Tagen zu einer neuen Pressekonferenz einlade und Ihnen mitteile: Das Programm fliegt in den Papierkorb, ich habe nicht die erforderlichen Mittel bekommen . . .“

Die Szene ist typisch für den Mann aus Kiel, den Ministerpräsident Johannes Rau unlängst in Bonn als die „wichtigste Dauerleihgabe“ des Landes Nordrhein-Westfalen gelobt hatte: Selbstbewußt ohne überheblich zu sein, nüchtern ohne norddeutsche Drögeheit.

Seit etwas mehr als zwei Jahren ist Klaus Matthiesen nun schon Minister in Düsseldorf, seit dem Mai auch Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags. Er selbst nennt sich einen „Überzeugungstäter“ und grenzt sich harsch ab von den „viel zu vielen Anpassern“, die in der Politik – aber beileibe nicht nur dort – Karriere machen. Wen er zu den Anpassern beispielsweise in Düsseldorf zählt? Namen mag Klaus Matthiesen nicht nennen – was brächte das auch mehr als Ärger ein? Aber es spricht für die Glaubwürdigkeit und Gradlinigkeit des Flensburgers in Düsseldorf, daß er die Anpasser nicht nur beim politischen Gegner ausgemacht hat. Wenn Journalisten in diesen Tagen spekulieren, wer denn Nachfolger von Johannes Rau in der Staatskanzlei am Rheinufer werden könnte, falls der Regierungschef den Sprung ins Bonner Kanzleramt schaffen sollte, fällt in schöner Regelmäßigkeit der Name Klaus Matthiesen. Spricht man ihn darauf an, kann Matthiesen ausgesprochen unfreundlich werden: Er habe weiß Gott Wichtiges zu tun als über einen solchen Quatsch überhaupt nachzudenken, winkt der Minister unwillig ab. Natürlich hat er Ambitionen. Matthiesen: „Aber die zielen nicht auf das Amt des Regierungschefs. Wenn ich einmal meine Arbeit als Umweltminister erledigt habe, möchte ich durch das Land fahren und sichtbare Erfolge meiner Bemühungen sehen – an möglichst vielen Orten.“

Dennoch: Daß Matthiesen zu den ganz starken Figuren in der Regierung Rau zählt, ist seit dem triumphalen Wahlsieg der Sozialdemokraten im Mai dieses Jahres noch deutlicher geworden. Im Zuge der Kabinettsumbildung erhielt Klaus Matthiesen von Rau so viele zusätzliche Aufgaben und Kompetenzen hinzu, daß er seitdem in Düsseldorf unwidersprochen als der „Superminister“ der Landesregierung charakterisiert werden kann. Er selbst hört das natürlich nicht gern, betont vielmehr mit Nachdruck, daß die ökologische Erneuerung des Landes eine Aufgabe der gesamten Landesregierung sei – aber an seinem besonderen Gewicht in der Landesregierung ändert solches Bekenntnis zum Teamgeist nichts.



Klaus Matthiesen (SPD)

Dieses Gewicht hat nicht nur etwa deshalb zugenommen, weil Umweltschutz seit Jahren nun schon „in“ ist. Vielmehr weiß man in der Landesregierung und der sie tragenden SPD, daß es Matthiesens Politik – und seine Art sie zu „verkaufen“ – in erster Linie zu verdanken ist, daß sich die Sozialdemokraten nach dem 12. Mai nicht mit den Grünen im Düsseldorfer Landtag herumplagen müssen. Die Grünen unter die Fünf-Prozent-Hürde zu drücken war eines der erklärten Ziele gewesen, mit denen Matthiesen im Herbst 1983 in Düsseldorf angetreten war. Viele hatten dies damals nicht mehr für möglich gehalten. Um so größer die Genugtuung, daß es dann doch gelang – wenn auch mit Schützenhilfe der Grünen, die im Endspurt des Wahlkampfes mehrere Eigentore schossen.

Ein Mann der Kompromisse ist Klaus Matthiesen nicht. Eine sozusagen „augenzwinkernde Umweltschutzpolitik“ nach dem Motto: „Grüne Fassade verbirgt trefflich die Interessen der Industrie“ – so etwas gibt es mit Matthiesen nicht. Er sagt vielmehr: „Die Probleme sind radikal, sie bedürfen radikaler Lösungen.“ Daß das Instrumentarium eines Landesministers nicht ausreichen könnte, um radikale Lösungen zu erzwingen, hat Matthiesen schon hier und da zu spüren bekommen. An seiner Arbeitswut änderte das nichts. Der Mann aus dem Norden kommt gerade im Ruhrgebiet, wo er mit einem persönlichen Triumph den Wahlkreis gewann, besonders gut an, weil er kein verbohrt Umweltschutzideologe ist, dem sich alle anderen Interessen unterzuordnen hätten. Er selbst sagt das etwas pathetisch klingende Wort vom „Blut“ der SPD, das nicht etwa die organisierten Umweltschützer, sondern die Arbeitnehmerschaft sei. Mit diesem „Lebenselixier“ der Partei sei besonders in Bonn der sozial-liberalen Ära viel gesündigt worden, merkt Matthiesen kritisch an. Die Partei hätte „viel eher sagen müssen, daß wir uns alle umzustellen haben auf die mageren Jahre, daß wir das Wenige gerechter verteilen müssen“, meint der Minister in einem kritischen Rückblick auf jene Jahre. In Nordrhein-Westfalen hat die SPD die Kurve ja trotzdem noch einmal gekriegt. Matthiesen hat daran Anteil. Darauf ist er stolz – und schaut im übrigen mit norddeutscher Gelassenheit in die Zukunft. Mit ihm zu reden ist darüber nicht.

Reinhard Voss